

Beschluss

Sitzung des Landrates vom Mittwoch, 20. November 2024

§ 295 Tätigkeitsbericht 2023

(Berichte Regierungsrat, 11.6.2024; Geschäftsprüfungskommission, 7.11.2024)

Barbara Rhyner, Elm, Kommissionspräsidentin, beantragt Zustimmung zu den Anträgen der Kommission. – Trotz grosser Herausforderungen in Form der Sonderprüfung zur Staats- und Jugendanwaltschaft, der Untersuchung im Fall des «Heilers von Näfels» und nicht zuletzt der personellen Rochaden in der Kommission wird die Geschäftsprüfungskommission mit der heutigen Berichterstattung zum Tätigkeitsbericht 2023 ihrem Auftrag gerecht. Nicht ganz termingerecht kam sie dem Auftrag gemäss Antrag von Landrat Rolf Blumer aus der Sitzung vom 20. Dezember 2023 nach. Der entsprechende Bericht kann jedoch noch in diesem Jahr traktandiert werden. Die Aufgaben, die nebst der ordentlichen Tätigkeit erfüllt wurden, brachten eine grosse zeitliche Belastung mit vielen Sitzungsterminen mit sich. Sie verlangten den Kommissionsmitgliedern eine grosse Flexibilität ab. Ihnen gebührt für ihren grossen Einsatz sowie die konstruktive und angenehme Zusammenarbeit Dank. Einen besonderen Dank verdient zudem die Kommissionssekretärin Simone Eisenbart für das Verfassen der detaillierten Protokolle und die Bewirtschaftung der umfangreichen Unterlagen. Ein weiterer Dank gebührt Ratssekretär Michael Schüepp für seine Unterstützung, insbesondere im Zusammenhang mit der Untersuchung des Falls des «Heilers von Näfels». – Die Bevölkerung und die Landratsmitglieder kritisieren die Verwaltung oft für deren Tempo. Immer wieder sind sie auch inhaltlich mit Entscheiden nicht einverstanden und verursachen dadurch selbst eine Verzögerung. Das Personal in der Verwaltung und auch die Mitglieder des Regierungsrates müssen damit umgehen. Sie stehen unter Zeit- und Spardruck und müssen Prioritäten setzen. Es ist deshalb mit Nachdruck daraufhin hinzuweisen, dass die Aufgaben auf allen Stufen und in den allermeisten Fällen mit Engagement und Sorgfalt erfüllt werden und den besten Dank verdienen. In einem Fall wurde eine E-Mail selbst am Samstagabend bereits nach 10 Minuten beantwortet, verbunden mit dem Hinweis, auch am Sonntagvormittag noch anrufen zu können. Es ist nun aber die Aufgabe der Geschäftsprüfungskommission, die Aufmerksamkeit auf Bereiche zu lenken, die Anlass zur Besorgnis geben. Was sich aus den Befragungen in den Departementen herauskristallisiert hat, kann dem Kommissionsbericht entnommen werden. – Seit Jahren oder bald Jahrzehnten ist das Wassergesetz ein Thema. Dieses findet sich immer wieder in den Gesetzgebungsprogrammen der jeweiligen Legislaturplanungen. Konkrete Resultate gibt es jedoch keine – ausser der Feststellung, dass der Kanton über ein funktionierendes Gesetz verfüge. Es sei fraglich, ob eine Änderung anzustreben sei. Die Geschäftsprüfungskommission ist der Meinung, dass diese Diskussion jetzt geführt werden muss, sodass die Politik danach gegebenenfalls aktiv werden kann. – Aufgrund der personellen Wechsel in den zuständigen Departementen beantragt die Geschäftsprüfungskommission, dass der Gesamtregierungsrat die Abklärungen betreffend die Zukunft

des Kantonsgefängnisses zügig an die Hand nimmt. Es sind genügend Gutachten vorhanden. Sie zeigen, in welche Richtung es gehen müsste. Der Landrat hat mit der Rückweisung des Projektierungskredites für das Gefängnis für eine zeitliche Verzögerung zugunsten einer hoffentlich kostengünstigeren Variante gesorgt. Die Geschäftsprüfungskommission will dem Neustart mit ihrem Antrag zu mehr Schub verhelfen.

Beat Noser, Oberurnen, Kommissionsmitglied, spricht sich namens der Die-Mitte-Fraktion für Zustimmung zu den Anträgen der Kommission aus. – Auch dieses Jahr waren die verschiedenen Gespräche mit den Regierungsratsmitgliedern und den Personen aus der Verwaltung sehr angenehm, konstruktiv und lehrreich. Die Arbeit der Geschäftsprüfungskommission ist inzwischen akzeptiert. Es gibt eine gute Beziehung zu den Departementen. Wenn das so weitergeht, könnte sich sogar langsam eine gegenseitige Liebe entwickeln. – Da drei Departemente unter einer neuen Leitung stehen, hat sich dort der Fokus der Befragungen verschoben. Die Geschäftsprüfungskommission hatte dort die Gelegenheit, mehr in die Zukunft zu blicken sowie Ziele und Schwerpunkte anzuschauen, statt nur das Vergangene zu beurteilen. Im Kommissionsbericht sind auch einige reine Informationen enthalten, etwa zum Steuerwesen oder zum Personalbestand. Diese können für die Ratsmitglieder von Interesse sein.

Werner Kälin, Ennenda, Kommissionsmitglied, unterstützt namens der SP-Fraktion die Anträge der Kommission. – Die Geschäftsprüfungskommission führte diese Prüfung mit viel Wohlwollen, Interesse und Sorgfalt durch. Sie stiess bei den Befragungen auf Offenheit. Die zwei wichtigen Themen, die den Landrat besonders interessieren sollten, zeigen sich in den ersten beiden Anträgen der Geschäftsprüfungskommission.

Hans Jenny, Ennenda, Kommissionsmitglied, spricht sich stellvertretend für die FDP-Fraktion für Zustimmung zu den Anträgen der Kommission aus. – Ganz so harmonisch, wie das Landrat Beat Noser beschrieb, war es dann doch nicht immer. Es ist aber auch nicht Aufgabe der Geschäftsprüfungskommission, für Harmonie zu sorgen. – Mit Blick auf die Personalsituation erscheint es der FDP-Fraktion wichtig und dringend, dass der Gesamtregierungsrat mittelfristig eine spezifische Nachfolgeplanung ins Auge fassen sollte und dazu auch Lösungen präsentiert. Dass 40 Prozent der Mitarbeitenden älter als 50 sind, sollte aufhorchen lassen. Weiter müssen dringend Massnahmen zur Gewährleistung des Wissenstransfers ergriffen werden. Die schlanke Verwaltung kann es sich schlicht nicht leisten, durch Personalabgänge oder -ausfälle unnötig Know-how zu verlieren. – Im Bereich Denkmalpflege bzw. Natur- und Heimatschutz müssen die Aufgaben der Fachstelle dringend konkretisiert und geschärft werden. Für Bauwillige ist zentral, dass der Prozess in Bezug auf die Baukultur zielführend organisiert ist und nicht der Verdacht von Willkür aufkommt. Weiter muss schnellstmöglich die Stellvertretung gelöst werden. Die aktuelle Lösung führt für Bauwillige zu unnötigen Verzögerungen. – Die FDP-Fraktion nimmt das Projekt Sprachstand-erfassung im Vorschulalter sehr positiv auf. Denn insbesondere auch mit Blick auf den Lehrpersonenmangel kann es hilfreich sein, wenn die Klassen in sprachlicher Hinsicht wieder homogener werden. – Die FDP-Fraktion dankt für die geleistete Arbeit in der Verwaltung, in den Gerichten sowie im Regierungsrat.

Marius Grossenbacher, Ennenda, Kommissionsmitglied, votiert im Namen der Fraktion der Grünen / Jungen Grünen für Zustimmung zu den Anträgen der Kommission. – Zur Energieplanung 2035 gab es einen Zwischenbericht. Ein Punkt stach ins Auge. So ist der Kanton im Bereich Mobilität weit weg vom Erreichen der gesteckten Ziele. Dennoch unternimmt der Regierungsrat nichts. Man kann ihm deswegen nicht einmal einen grossen Vorwurf machen. Es wurden ja auch keine Massnahmen bei einem Verfehlen der Ziele für 2035 festgelegt. Beispielsweise ein CO₂-Management mit Zielen, Zwischenzielen, Überprüfung der Einhaltung und falls nötig weiteren konkreten Massnahmen war bis anhin politisch nicht gewollt. Ein privates Unternehmen, das seine Ziele nicht erreicht, könnte allerdings nie so vorgehen – in der Hoffnung, dass es dann schon gut kommt. Regierungs- und Landrat sind inständig gebeten, die Probleme im Sinne der mit dem Klimaartikel ergänzten Kantonsverfassung ernst

zu nehmen und ein nützliches Klimagesetz auszuarbeiten. – Das Wassergesetz ist schon länger ein Thema, als man selbst überhaupt im Landrat Einsitz nimmt. Zumindest in dieser Zeit suggerierte der Regierungsrat, dass es geplant sei, die Thematik Wassergesetz voranzubringen. In diesem Jahr hat der Regierungsrat erstmals begonnen, die Karten ein bisschen auf den Tisch zu legen. Er deutet wenigstens an, dass er eigentlich nichts Konkretes tun möchte. Das ist zwar nicht so toll, aber wenigstens ehrlich. Der Landrat kann nun von seinen Instrumenten Gebrauch machen. Das ist inzwischen ja auch passiert. – Der aktuelle Stand des Gefängnis-Projekts ist unbekannt. Die Geschäftsprüfungskommission erhielt das einschlägige Gutachten Brägger erst nach den Befragungen. Dieses ist nicht klassifiziert. Da das Öffentlichkeitsprinzip gilt und das Dokument keine datenschutztechnisch heiklen Informationen enthält, wollte man das Dokument in der Fraktion verteilen. Darauf wurde schliesslich dann doch verzichtet. Im Nachhinein bekam man zu verstehen, dass der Landrat das Gutachten erst zu einem späteren Zeitpunkt sehen und der Regierungsrat dieses zuerst noch beraten soll. Ein neues eigenes Gefängnis oder auch die Auslagerung der Haftplätze ist ein grosser Brocken. Die Involvierten sind gebeten, diesem Thema die nötige Beachtung, Sorgfalt, Transparenz und Kommunikation zu schenken und dieses wirklich voranzutreiben. – Der gesamten Verwaltung ist wieder einmal für die gute Arbeit zu danken, die sie täglich im Dienst der Allgemeinheit erledigt. Besonders in den Zeiten des Sparpakets muss die ohnehin schlanke Verwaltung den einen oder anderen Effort leisten. Sie bekommt sicherlich zusätzlichen Druck zu spüren.

Nadine Landolt Rüegg, Näfels, geht auf einzelne Themen ein. – Die GLP-Fraktion las den Tätigkeitsbericht und den entsprechenden Kommissionsbericht mit Interesse. Zum Teil wurden die offenen Fragen beantwortet, zum Teil nicht. Die grössten Fragezeichen konnten im Vorfeld mit der Kommissionspräsidentin Barbara Rhyner geklärt werden, wofür Dank gebührt. – Die Altersstruktur des Personals wird für die kantonale Verwaltung in den kommenden Jahren zu einer Herausforderung. Sollte sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt nicht verbessern, wird es noch anspruchsvoller, Stellen zu besetzen. Auch die GLP-Fraktion erwartet vom Regierungsrat, dass er sich mit dieser Thematik proaktiv auseinandersetzt und Massnahmen trifft, damit der Kanton als Arbeitgeber attraktiv wird. – Die GLP-Fraktion ist froh, dass es nun wenigstens einen Fahrplan für das Klimagesetz gibt. Sie hofft, dass dieser vom Regierungsrat auch eingehalten wird. In Bezug auf die Energieplanung hätte sich die GLP-Fraktion angesichts der verfehlten Ziele Massnahmen und mehr Weitsicht gewünscht. – Die Geschäftsprüfungskommission forderte von der Staatsanwaltschaft Berichte und zum Wassergesetz eine Strategie des Regierungsrates ein. Die Kommissionspräsidentin versicherte, dass der Landrat darüber informiert werde. Die GLP-Fraktion erwartet, dass das der Fall sein wird und verzichtet auf entsprechende Ergänzungsanträge. – Das Gesundheitswesen und das Kantonsspital werden in nächster Zeit zu den anspruchsvolleren Themen gehören. Obwohl vieles unklar ist, gibt es im Bericht der Geschäftsprüfungskommission dazu keine Ausführungen. Die GLP-Fraktion hat immer noch offene Fragen. Sie wird versuchen, über Vorstösse zu mehr Infos zu kommen. – Dem Tätigkeitsbericht kann entnommen werden, dass Grossereignisse ein Thema sind. Man hat sich damit befasst und sich darauf vorbereitet. Die GLP-Fraktion hofft, dass sich der Regierungsrat zu den vermehrt auftretenden Naturereignissen mehr als nur ein paar Gedanken macht und auch hier Vorbereitungen trifft. – Obwohl im Tätigkeitsbericht dem Velo viel Platz gewidmet und darauf hingewiesen wird, dass das Potenzial besser genutzt werden müsse, sind im Budget 2025 einmal mehr nur minimale Mittel eingestellt. Das ist zu bedauern. – Zur Umfahrung Glarus heisst es im Tätigkeitsbericht klar, dass Planung und Finanzierung Aufgaben des Kantons bleiben würden. Trotz dieser Aussage im offiziellen Tätigkeitsbericht wird aktuell mit der Vorstellung weitergeplant, dass die Finanzierung doch vom Bund übernommen wird. Diese gegensätzlichen Aussagen erstaunen. – Die GLP-Fraktion dankt für die Arbeit der Verwaltung und der Geschäftsprüfungskommission. Sie ist gespannt auf die Ergebnisse der Aufträge, die heute erteilt werden oder bereits erteilt wurden.

Landammann *Kaspar Becker* zeigt sich einverstanden mit den Anträgen der Kommission. – Der Geschäftsprüfungskommission ist zu danken. Sie hatte so viel Arbeit wie wohl noch nie

und war mit diversen personellen Wechsels konfrontiert. Präsidentin Barbara Rhyner startete von 0 auf 100 und meisterte ihre Aufgaben hervorragend. Trotz dieser nicht ganz einfachen Ausgangslage leistete die Kommission sehr gute Arbeit. Sie warf Themen auf, die es zu beachten gilt. Sie stellt dazu auch Anträge. Die Besuche der jeweiligen Zweier-Delegationen bei den Departementen, beim Gesamtregierungsrat, den Gerichten und der Staatskanzlei sind wichtig, um dem Landrat als Gremium Informationen weitergeben zu können. Der Regierungsrat empfand die Zusammenarbeit als konstruktiv, wenngleich wohl noch nicht von Liebe gesprochen werden kann. Aber das kann ja noch wachsen. Der Regierungsrat wird den von der Geschäftsprüfungskommission und den Fraktionen ausgesprochene Dank gerne an die Mitarbeitenden der Verwaltung weitergeben. – Der Kanton steht nicht nur finanziell vor Herausforderungen. In der Schweiz gibt es eine Zweiteilung: Kantone wie Genf, Basel-Stadt, Zug entwickeln sich stark. Auf der anderen Seite gibt es zwei, drei Kantone, die etwas mehr zu kämpfen haben. Das sind in der Regel eher kleine, gebirgige Kantone. Der Kanton Glarus stellt sich diesen Herausforderungen. Das Entlastungspaket ist ein erster Schritt, der unbedingt getan werden muss, um handlungsfähig zu bleiben und proaktiv etwas bewegen zu können. Dazu braucht es aber auch in Zukunft das konstruktive Miteinander und das gegenseitige Hinterfragen durch Regierungsrat und Geschäftsprüfungskommission. Hier befindet sich der Kanton Glarus auf einem guten Weg. Ein positiver Umgang miteinander ist zentral. Es braucht Verständnis für das Gegenüber; die Aussensicht ist nicht immer die einzig wahre Sicht.

Gerichte (Kommissionsbericht S. 10; Tätigkeitsbericht S. 75–76 und 109–118)

Hans Rudolf Forrer, Luchsingen, stellt fest, dass der Umfang der Berichterstattung der Judikative abgenommen hat. – Die Judikative macht im Berichtsteil nur noch den Viertel einer Seite aus; im Zahlenteil ist es ein bisschen mehr. Der Kanton Glarus kennt drei Gerichte. Hinzu kommt die Schlichtungsbehörde. Im beliebig herangezogenen Amtsbericht 2012 nahm die Judikative mit 78 Seiten rund einen Viertel des ganzen Buches ein. Auch die Geschäftsprüfungskommission schreibt mehr über die Judikative, als sie selbst im Tätigkeitsbericht. Wird die Judikative künftig ganz verschwinden oder darf der Landrat künftig wieder ein bisschen mehr von der Justiz lesen?

Petra Hauser, Näfels, Obergerichtspräsidentin und Vertreterin der Verwaltungskommission der Gerichte, geht auf die Frage des Vorredners ein. – Dass nachgefragt wird, weil sich die Juristen zu kurz hielten, ist ungewöhnlich. Normalerweise wirft man ihnen vor, dass sie zu viel und zu ausführlich schreiben und reden. – Die Gerichte verzichteten in diesem Jahr bewusst auf eine Berichterstattung. Sie waren der Meinung, dass nur dann etwas zu schreiben ist, wenn es etwas zu schreiben gibt. Die Gerichte berichteten in den vergangenen Jahren über die Digitalisierung. Die Digitalisierung der Justiz ist ein gemeinsames Projekt der Gerichte und des Departements Sicherheit und Justiz. Diese haben sich abgesprochen, wer die Berichterstattung übernimmt: Schliesslich schrieb das Departement etwas dazu. Da müssen die Gerichte nicht nachdoppeln, nur, damit sie auch noch etwas geschrieben haben. – Die Hauptaufgabe der Gerichte ist nach wie vor die Rechtsprechung. Der Landrat erwartet wohl kaum, dass die Gerichtsurteile künftig zusammengefasst im Tätigkeitsbericht aufgenommen werden. Das war früher so. Deshalb sind die alten Tätigkeitsberichte ausführlicher, was die Justiz anbelangt. Da die allermeisten Urteile – zumindest des Obergerichts – online publiziert werden, muss aus Sicht der Gerichte nicht noch zusätzlich Papier generiert werden. Dennoch ist erfreulich, dass Landrat Hans Rudolf Forrer an die Gerichte denkt. Es ist allerdings nicht so, dass die Exekutive die Judikative verdrängt hätte. Diese verzichtete freiwillig.

Antragsziffer 1 der Kommission; Wassergesetz

Der Regierungsrat ist mit dem Kommissionsantrag einverstanden. Das Wort dazu wird nicht verlangt. Dem Kommissionsantrag ist zugestimmt.

Antragsziffer 2 der Kommission; Gefängnis

Der Regierungsrat ist mit dem Kommissionsantrag einverstanden. Das Wort dazu wird nicht verlangt. Dem Kommissionsantrag ist zugestimmt.

Antragsziffer 3 der Kommission; Genehmigung des Tätigkeitsberichts 2023

Das Wort dazu wird nicht verlangt. Der Tätigkeitsbericht 2023 ist genehmigt.